

BENEDIKT NEUROTH

PLANUNG VERSUS PRIVATSPHÄRE?
DIE DEBATTE UM EIN NATIONALES DATENZENTRUM
IN DEN USA DER 1960ER JAHRE

1. Einleitung: Planungsdilemmata

Mitte der 1960er Jahre sorgten in den Vereinigten Staaten von Amerika Pläne für ein Nationales Datenzentrum für Aufsehen, das Informationsbestände mehrerer Bundesbehörden zusammenführen sollte.¹ Während sich Experten sowohl ein „effective program planning“ als auch Vorteile für die Unternehmensplanung sowie für die Forschung erhofften,² erkannten Kritiker wie die *New York Times* in einem Datenzentrum „the effective end of privacy“.³ Aus technologischer Sicht beschränkte ein Mangel an Information die Planung in Politik und Wirtschaft. Jedoch rief ein umfassender Zugang zu Daten in Kongress und Medien datenschutzrechtliche Bedenken hervor. Auch die Sowjetunion experimentierte Mitte der 1960er Jahre mit einem Computerzentrum zur Wirtschaftsplanung.⁴ Im Gegensatz zur SU herrschte in den USA kein zentralwirtschaftliches Planungsverständnis vor. Seit dem *New Deal* galt Planung als eine pragmatische Komponente der Politik, die auch Präsident John F. Kennedy weiterführte. Sein Nachfolger Lyndon Johnson verfolgte in der Wirtschaftspolitik einen „mixed capitalism“ und einen Kurs zwischen Markt und Regulierung.⁵

Der vorliegende Beitrag verortet die Debatte um ein Datenzentrum in dem historischen Kontext von politischer Planung und wissenschaftlichen Debatten. Dabei geht es um die Frage, an welche Grenzen der Planbarkeit die Akteure stießen und welche Auswege sie daraus suchten. Dabei orientiert sich der Beitrag in der Methode an der historischen Forschung zur Bundesrepublik Deutschland und analysiert zeitgenössische Vorstellungen von Planung. In der Bundesrepublik fand das Planungsverständnis im Sinne der *New-Deal*-Politik

¹ Priscilla M. Regan, *Legislating Privacy. Technology, Social Values, and Public Policy*, Chapel Hill, NC, London, 1995, S. 71 f.; Alan F. Westin, *Privacy and Freedom*, New York, NY, 1967, S. 315.

² Harvard Law Review, „Privacy and Efficient Government. Proposals for a National Data Center“, in: *Harvard Law Review* 82, 2 (1968), S. 400-417: 400.

³ „To Preserve Privacy“, in: *The New York Times*, 09.08.1966, S. 36.

⁴ Harry Schwartz, „Soviet Plans Computer System to Assist in Economic Planning“, in: *The New York Times*, 24.04.1966, S. F23.

⁵ John M. Blum, *Years of Discord. American Politics and Society, 1961-1974*, New York, NY, London, 1991, S. 183 f.

Anklang. Auch in der Bundesrepublik kamen im Bereich der politischen Planung Fragen zum Datenschutz auf: „Schon früh war klar, daß die Technisierung von politisch-administrativem Handeln, gerade im Planungsbereich, Rechtsprobleme aufwerfen würde.“⁶ Planung hatte sich in der Bundesrepublik gewandelt und das Erheben von individuellen Daten verstärkt.⁷ Wegen der Datenschutzprobleme am Anfang der 1970er Jahre in der Bundesrepublik ist in der Forschung von einem „Informationsdilemma“ in der politischen Planung die Rede.⁸ Für die Vereinigten Staaten sprach in den 1980er Jahren der Soziologe James Rule von „modern planning dilemmas“, da weitreichende soziale Planung die Privatsphäre in Bedrängnis gebracht habe.⁹ Ein solches Dilemma zwischen Planung und Privatsphäre soll im Folgenden anhand der Debatte um ein Nationales Datenzentrum untersucht werden und in eine Diskursgeschichte der Grenzen von Planbarkeit eingebettet werden.

2. Information als Grenze der Planbarkeit

Ein Nationales Datenzentrum galt Beobachtern als notwendig, damit der Staat seinen Aufgaben in einer „increasingly complex society“ nachkommen könne.¹⁰ Dass sich die Gesellschaft durch zunehmende Komplexität auszeichne, bildete eine gängige Diagnose. In diesem Szenario kam Information eine Schlüsselrolle zu: „In our increasingly complex world, information is becoming the building block of society“, hieß es etwa in einer Ausgabe der *Saturday Review* zum „New Computerized Age“.¹¹ Das wissenschaftliche Klima war von Optimismus getragen, so glaubten Forscher von *Research and Development Corporation (Rand)*, anhand von Information die Zukunft berechnen zu können.¹² In einer Studie von *Rand* ging Paul Armer unter anderem auf den Nutzen von Computern für staatliche Planung ein: „[M]ore [...] accurate information should result in better decisionmaking“, verwies aber auch auf mögliche Probleme hinsichtlich der Privatsphäre der Bürger.¹³ Diese Ansicht

⁶ Gabriele Metzler, „Am Ende aller Krisen? Politisches Denken und Handeln in der Bundesrepublik der sechziger Jahre“, in: *Historische Zeitschrift* 275 (2002), S. 57-103: 93 und 88.

⁷ Larry Frohman, „Only Sheep Let Themselves Be Counted“. Privacy, Political Culture, and the 1983/87 West German Census Boycotts“, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 52 (2012), S. 335-378: 338.

⁸ Michael Ruck, „Ein kurzer Sommer der Utopie“, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg, 2000, S. 362-401: 398.

⁹ James Rule, *The Politics of Privacy. Planning for Personal Data Systems as Powerful Technologies*, New York, NY (u. a.), 1980, S. 178-189.

¹⁰ Harvard Law Review (1968), Privacy and Efficient Government, S. 417.

¹¹ David Sarnoff, „No Life Untouched“, in: *Saturday Review*, 23.07.1966, S. 21-22: 21.

¹² Jenny Andersson, „The Great Future Debate and the Struggle for the World“, in: *The American Historical Review* 117 (2012), S. 1411-1430: 1411.

¹³ Paul Armer, „Computer Aspects of Technological Change, Automation, and Economic Progress“, in: National Commission on Technology, Automation, and Economic Progress (Hg.),

ten wurden von den Möglichkeiten der Computertechnik befördert, die bald sämtliche gesellschaftlichen Bereiche berührte.¹⁴ Zwar setzten sich Computer, die damals noch Großrechneranlagen bildeten, erst allmählich in der Verwaltung und Industrie durch,¹⁵ doch erkannten Spezialisten früh das Potenzial von Computern. Mithilfe von Elektronischer Datenverarbeitung wollte die Forschung über den Keynesianismus hinausweisen, der ein wirtschaftspolitisches Paradigma der 1960er Jahre bildete. Während sich Planer und Forscher, die der ökonomischen Theorie nach Keynes folgten, vorwiegend auf aggregierte Daten stützten,¹⁶ versprachen sich Ökonomen, mittels genauerer Information genauere Modelle zu entwerfen. Nach einer gängigen Erzählung habe die Politik als Antwort auf die Krise der 1930er Jahre verstärkt auf Statistiken zurückgegriffen, während die Aufgaben der 1960er Jahre sogenannte Mikrodaten erforderten.¹⁷

Die Politik reagierte auf den technologischen Wandel, jedoch vor allem im Hinblick auf Wirtschaft und Beschäftigung. So behandelte eine Nationale Technologiekommission, die Präsident Johnson einberufen hatte, die planerischen Chancen von Computern nur am Rande. Etwa befand der Kommissionsreport aus dem Jahr 1966, dass die Sozialpolitik weitere Information benötige: „[T]he Federal Government found itself lacking the necessary information for making effective policy decisions“.¹⁸ Auch auf dem Arbeitsmarkt bestand ein Mangel an Information, der zu Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage führe: „The first requirement for an orderly labor market and satisfactory adjustment to change is adequate information“. Deshalb sollte laut Report ein „computerized nationwide service“ über freie Stellen sowie die Merkmale der Arbeitssuchenden Auskunft geben. Die Daten könnten Unternehmern wie Beamten zum „long-range planning“ dienen, sogenannte „safeguards“ sollten aber eine „invasion of privacy“ verhindern.¹⁹ Aus Militär und Raumfahrt stammte ein *systems approach*, der mit computergestützten Simulationen arbeitete. Im Verteidigungsministerium kam bereits das „program-budgeting“, entwickelt von *Rand*, zum Einsatz, das auch auf zivile Politikbereiche übertragen werden sollte.²⁰ Der erste Vorschlag, Daten der Bundesverwaltung in ei-

Technology and the American Economy, Washington, DC, Appendix 1, 1966, S. 220 f. und S. 231 f.

¹⁴ James R. Beniger, *The Control Revolution. Technological and Economic Origins of the Information Society*, Cambridge, MA (u. a.), 1986, S. 436.

¹⁵ John W. Macy, „Automated Government“, in: *Saturday Review*, 23.07.1966, S. 23-25; John McCarthy, „Information“, in: *Scientific American* 205, 2 (1966), S. 64-72.

¹⁶ Alain Desrosières, *The Politics of Large Numbers. A History of Statistical Reasoning*, Cambridge, MA (u. a.), 1998, S. 209 und S. 333.

¹⁷ ABT Associates Inc., „Survey of the State of the Art“, in: National Commission on Technology, Automation, and Economic Progress (Hg.), *Technology*, Appendix 5, S. 238-243.

¹⁸ National Commission on Technology, Automation, and Economic Progress (Hg.), *Technology and the American Economy*, 1966, S. 95 f.

¹⁹ Ebd., S. 49-52.

²⁰ Ebd., S. 99 f.

nem Zentrum zu organisieren und besser nutzbar zu machen, stammte aus der Wissenschaft.

2.1 Pläne aus der Wissenschaft

Das Vorhaben, den Zugang zu statistischen Daten zu erleichtern, ging auf eine Konferenz der *American Economic Association* aus dem Jahre 1959 zurück. Diese beauftragte den *Social Science Research Council* damit, ein Komitee einzusetzen, das in der Folge eng mit der Bundesverwaltung zusammenarbeitete. Von einer effektiven Informationsverarbeitung war die Verwaltung demnach weit entfernt. Auf Lochkarten und Magnetbändern lagerten Informationsbestände auf einzelne Behörden im Land verteilt, wie eine Inventur der Verwaltung von 1964 gezeigt hatte. Einige Bestände unterlagen keinen Restriktionen, wie Preisindizes, andere waren als vertraulich eingestuft.²¹ Die Daten, die teilweise als Nebenprodukt im Behördenalltag entstanden waren, versprachen nun ein ungeahntes Potenzial und weckten das Interesse der Wissenschaft. Mit Bruno Latour gesprochen, traten die Karten und Bänder in Aktion und als Akteure auf den Plan.

Schließlich empfahl der Report aus dem April 1965, der unter der Leitung des Ökonomen Richard Ruggles (Yale) entstanden war, der Haushaltsbehörde die Gründung eines Föderalen Datenzentrums. Darin sollten die Informationsbestände sämtlicher Bundesbehörden zusammengeführt und staatlichen wie nicht-staatlichen Stellen zugänglich gemacht werden, ohne aber dabei Regeln zur Offenlegung zu verletzen. Die Bundesbehörden sollten gemäß der Studie dem Datenzentrum eine Kopie ihrer Magnetbänder überlassen, sobald Datenbestände editiert waren. Die Wissenschaftler versprachen sich eine verbesserte Qualität von Daten, sogenannten Mikroinformationen. Denn den Forschern war daran gelegen, aus Daten Zeitreihen zu erstellen oder statistische Merkmale zu verknüpfen, wobei die Sozialversicherungsnummer Datensätze „matchen“ könne. Wie die Autoren des Reports ausführten, ermöglichten Computer es Forschern, statt bislang einfache Modelle mit aggregierten Daten zu erstellen, auch komplexe Beziehungen zu analysieren.²² Der Report erachtete regionale Daten als bedeutsam für die Politikbereiche Stadtentwicklung, Wohlfahrt und Bildung, aber auch Marktforschung und „planning of longrun investment“ könnten von den Daten profitieren.²³ Der Inventur und dem

²¹ U.S. House of Representatives, „Excerpts from an Inventory of Punchcards and Computer Tapes Held by Federal Agencies, December 1964“, in: *The Computer and Invasion of Privacy. Hearings Before a Subcommittee on Government Operations*, 89th Congress, 2nd Session, Washington, DC, 1966, S. 213 und S. 249.

²² U.S. House of Representatives, „Report of the Committee on the Preservation of Economic Data. To the Social Science Research Council“, in: ebd., S. 199 und S. 204-207.

²³ Ebd., S. 203.

Report folgten drei weitere Reporte innerhalb der Verwaltung,²⁴ das Amt für Statistische Standards innerhalb der Haushaltsbehörde gab seinerseits eine Studie in Auftrag, die eine heftige Kontroverse auslöste.

2.2 Vorbehalte in Kongress und Medien

Die Studie im Auftrag des Amtes für Statistische Standards leitete Edgar Dunn, Ökonom bei Resources for the Future Inc. Im Report aus dem November 1965 empfahl er ein Nationales Datenzentrum. Nun schaltete sich der Kongress ein, in dem sowohl ein Komitee im Repräsentantenhaus unter dem Vorsitz von Cornelius Gallagher, Demokrat aus New Jersey, als auch ein Senatskomitee unter dem Vorsitz von Edward Long, Demokrat aus Missouri und Autor des Sachbuchs *The Intruders*, die Pläne in ihren Anhörungen zu Privatsphäre aufgriffen. Damit einher ging ein reges öffentliches Interesse in den Medien. Die Vorstellung, dass sämtliche Daten in ein Zentrum fließen sollten, bot eine eingängige Geschichte, die in ihrem Urteil durchweg negativ ausfiel. Bürger könnten sich als Zahlenfolge wahrnehmen, die Computer kontrollierten, so der Sozialkritiker Vance Packard.²⁵ Dementsprechend zeigte eine Karikatur aus *The Nation* eine Lochkarte, die aus einem Anzug ragt und einen Hut trägt, die Persönlichkeit, so die vermutliche Aussage, würde auf ihre maschinenlesbaren Merkmale reduziert. Außerdem äußerten Medien den Argwohn vor einem übermächtigen Bundesstaat. So bildete eine Karikatur aus *U.S. News & World Report* eine Rechenmaschine ab, die eine Person in ihren Fängen hält und sie unter die Lupe nimmt. Daneben sitzt Uncle Sam als allegorische Figur für den Bundesstaat, der anscheinend Akten und Daten dieser Person ausforscht.²⁶

Befürworter eines Datenzentrums beriefen sich häufig auf das Leitbild einer *Great Society*. Dieses Leitbild verfolgte Präsident Johnson, um mit wohlfahrtsstaatlichen Programmen die Armut im Land zu bekämpfen und gleiche Chancen in der Wirtschaft zu schaffen. So bemerkte der Sachbuchautor Robert MacBride, ehemaliger Berater in der Rüstungsindustrie und Technologiebranche, dass ein zentrales Computersystem den *War on Poverty* und die *Great Society* zum Erfolg führen könne.²⁷ Der Report unter Dunn wollte den breiteren Nutzen eines Datenzentrums für die Politik herausstellen und verwies auf bundesstaatliche Programme wie das *Office of Economic Opportunity*, die von

²⁴ U.S. House of Representatives, „Report of the Informal Committee, Summer 1965“, in: ebd., S. 273; dies., „Report on Data Inventory, Bureau of Labor Statistics, October 1, 1965“, in: ebd., S. 276; dies., „The decision of a Federal Statistical Data Center, National Bureau of Standards to the Bureau of the Budget“, in: ebd., S. 284.

²⁵ Vance Packard, „Don't Tell It To the Computer“, in: *The New York Times*, 08.01.1967, S. 236.

²⁶ Anthony Prisorndorf, „The Computer vs. the Bill of Rights. National Data Center“, in: *The Nation*, 31.10.1966, S. 449-452; U.S. News & World Report, „A Government Watch On 200 Million Americans?“, in: *U.S. News & World Report*, 16.05.1966, S. 56-59.

²⁷ Robert MacBride, *The Automated State. Computer Systems as a New Force in Society*, Philadelphia, PA (u. a.), 1967, S. 90 und S. 103.

Daten profitieren sollten. In den Planungsbereichen von Armut, Bildung, Gesundheit und Urbanität sei der Bedarf an Information gestiegen. Denn für Planer seien insbesondere Beziehungen und Netzwerke innerhalb von Sozialgefügen sowie deren Wandel über die Zeit von Interesse. Die zu deren Analyse erforderliche Verknüpfung von Datensätzen führe aber zu Konflikten mit Regeln zur Offenlegung. Auch Unternehmen und Marktforschung sollten laut Studie von einem Datenzentrum profitieren.²⁸

Unter anderem im Senatskomitee zu Privatsphäre verteidigte Dunn die Pläne gegen Kritik und hob die Vorteile für „intelligent public planning, administration, and evaluation“ hervor, ohne dass die statistischen Daten die Privatsphäre berührten.²⁹ Es war umstritten, welcher planerische Nutzen von detaillierten Daten zu erwarten war. Das Hauskomitee befragte unter anderem Paul Baran von *Rand* zum Datenzentrum, der den Nutzen einer effizienten Informationsverarbeitung als legitim ansah, aber technische „safeguards“ zum Schutz der Privatsphäre empfahl.³⁰ Hingegen bezweifelte Rechtswissenschaftler Charles Reich (Yale Law School), dass ein Datenzentrum für die langfristige Planung der Bundesregierung nötig wäre. Reich sprach von „useless information“, die etwa bei der Planung eines Highways oder von Wohnungen belanglos seien.³¹ Das Komitee für Wirtschaftsstatistik erhoffte sich von statistischen Daten im Allgemeinen unter anderem Aufschlüsse über das Preis-Lohn-Verhältnis sowie Indikatoren für Beschäftigungsprogramme. Außerdem würden statistische Informationen für ein Feintuning der Geld- und Finanzpolitik benötigt, hieß es schließlich in einer Pressemitteilung. Von behördlichen Statistiken profitiere ferner der Bereich „business planning“³². In Hinblick auf ein Datenzentrum beschäftigte das Komitee die Frage, wo es zwischen Verwaltung und Exekutive angesiedelt und wer zuständig sein sollte.³³

2.3 Suche nach einer Balance

Inzwischen hatte das *Executive Office* eine *Task Force* unter Carl Kaysen (Princeton) eingesetzt, die im Oktober 1966 erneut für ein Nationales Datenzentrum plädierte, das einem Direktor für Bundesstatistiken und damit der Exekutive unterstehen sollte. Laut Report sollte neben der bundesstaatlichen

²⁸ U.S. House of Representatives, „Statistical Evaluation Report No. 6. Review of Proposal for a National Data Center“, in: *The Computer and Invasion*, S. 258 f. und S. 261-264.

²⁹ U.S. Senate, *Invasions of Privacy. Hearings Before the Subcommittee On Administrative Practice and Procedure Of the Committee On the Judiciary*, 89th Congress, 2nd Session, Part 5 (1966), S. 2390. Vgl. auch U.S. House of Representatives (1966), *The Computer and Invasion*, S. 92.

³⁰ Ebd., S. 120 f.

³¹ Ebd., S. 42 f.

³² U.S. Congress, *The Coordination and Integration of Government Statistical Programs. Hearings Before the Subcommittee on Economic Statistics of the Joint Economic Committee*, 90th Congress, 1st Session, Washington, DC, 1967, S. 1-4.

³³ Ebd., S. 14 f.

Ebene auch eine Infrastruktur für Daten von staatlicher und kommunaler Ebene geschaffen werden. Außerdem setzte sich der Report mit dem Thema Privatsphäre auseinander, zu deren Schutz einheitliche Standards zur Offenlegung gefordert wurden. Entgegen mancher Befürchtung sollte das Zentrum keine „individuellen Dossiers“ mit Akten von Ermittlungsbehörden enthalten, sondern lediglich sozioökonomische Daten.³⁴ Nach Ansicht der Autoren bildeten zwar aggregierte Daten über Beschäftigung, Wirtschaftsleistung oder Verbraucherpreise einen wichtigen Maßstab für die Wirtschaftspolitik, doch hob die Studie einen wachsenden Bedarf an „micro-data“ hervor, um „micro-effects“ im Wirtschaftssystem zu behandeln, die Wohnort, Einkommen, Berufs- und Altersgruppen sowie Ethnien betrafen. Auch die Bereiche Bildung, Forschung, Gesundheit, Wohnen, Transport oder Ressourcen erforderten laut Studie genaue Information, weshalb einzelne Behörden über eigene Rechenzentren verfügen sollten, um „program planning and program evaluation“ nachzukommen.³⁵

Es zeichnete sich ein Konflikt zwischen effizienter Planung und Privatsphäre ab. Wie etwa die *Washington Post* im Jahr 1968 titelte, steckte das geplante Datenzentrum in einer Zwickmühle von Privatsphäre und Effizienz.³⁶ Die *Harvard Law Review* befasste sich im Jahr 1968 mit dem Report und forderte einen Ausgleich zwischen Effizienz und Privatsphäre.³⁷ Im Senat hielt erneut das Komitee unter Edward Long Anhörungen zu den Plänen ab. Darin warnte etwa Lawrence Speiser als Vertreter der *American Civil Liberties Union* vor einer technischen Anlage zum Erstellen von persönlichen Dossiers, die einer freien Gesellschaft zuwider liefe.³⁸ Laut offiziellen Vertretern wie Raymond T. Bowman vom Amt für Statistische Standards sollte ein statistisches Datenzentrum keine Dossiers aus persönlichen Akten anlegen, sondern ausschließlich statistischen Zwecken dienen, während andere Funktionen untersagt würden.³⁹ Die Frage, wie die Vorzüge eines Datenzentrums mit den möglichen negativen Auswirkungen in Einklang gebracht werden könnten, blieb ungeklärt. Im Kongress stießen die Pläne auf Ablehnung, da der Schutz der Privatsphäre ungeklärt sei.⁴⁰ Zwar kündigte die Haushaltsbehörde an, die Pläne zu überarbeiten, doch unternahm sie keinen weiteren Anlauf. Außerdem kam es im Jahr 1968 mit der Wahl Richard Nixons zu einem Wechsel in der Exekutive. Sein Nach-

³⁴ U.S. Senate, „Report of the Task Force on the Storage of and the Access to Government Statistics. Executive Office of the President, Bureau of the Budget“, in: *Computer Privacy. Hearings Before the Subcommittee on Administrative Practice and Procedure of the Committee on the Judiciary*, 90th Congress, 1st Session, Washington, DC, 1967, S. 33-36.

³⁵ Ebd., S. 29-32.

³⁶ „Federal Data Center Trapped Between Privacy, Efficiency“, in: *The Washington Post*, 08.12.1968, S. E2.

³⁷ *Harvard Law Review* (1968), *Privacy and Efficient Government*, S. 400-417.

³⁸ U.S. Senate (1967), *Computer Privacy*, S. 137.

³⁹ Ebd., S. 52.

⁴⁰ „Panel Sees Peril in U.S. Data Bank“, in: *The New York Times*, 05.08.1968, S. 76.

folger Gerald Ford lehnte schließlich weitere Vorschläge ab.⁴¹ Mit dem jähen Ende der Pläne für ein Datenzentrum standen sowohl die Themen Datenschutz als auch die technischen Innovationen, auf die sich Studien bezogen, erst am Anfang.

3. Ausblick: Umgang mit Unplanbarkeit

Mit genauen Daten verband sich im Rückblick die Aussicht, Unplanbarkeit und Ungewissheit begegnen zu können. So erhofften sich Forscher für die Zukunft, Pläne in Echtzeit an einem Datenfluss auszurichten und zu justieren: „With an ‚online‘ system using up-to-date data plans can be revised frequently“.⁴² Zum anderen könnten in der Politikplanung mit Computersimulationen Effekte von Entscheidungen durchgespielt werden. Anwendung und Vorhersagekraft ökonomischer und sozialer Modelle erschienen aber ungewiss, was mit „applicability gap“ umschrieben wurde.⁴³ Solche Vorstellungen fanden sich auch in den Medien wieder, wonach in zukünftigen Planungsprozessen „corporate decision-making and government planning“ direkt auf Daten aus dem alltäglichen Geschäftsleben zurückgegriffen wurde.⁴⁴ Ferner könne nach einem kybernetischen Planungsverständnis der Einsatz von Computern eine zyklische Überproduktion verhindern.⁴⁵ Die Pläne für ein Datenzentrum regten die Imagination zahlreicher Autoren an. So glaubten die Zukunftsforscher Herman Kahn und Anthony Wiener vom *Hudson Institute*, dass die Gesellschaft zukünftig von einem einzigen Zentrum aus gesteuert würde, wie von einem Piloten im Cockpit.⁴⁶ Der Autor Robert MacBride erwartete zwar mit einem „Nationalen Informationssystem“ keinen tief greifenden Epochenwechsel in der Planung, da bereits verschiedene Informationssysteme existierten: „[T]he baroque character of today’s socioeconomic planning will merely give way to something rococo“. Doch glaubte der Autor, dass zukünftig Industrie und Finanzbranche sozioökonomische Daten in ein zentrales staatliches System einspeisen würden: „[T]he management of the economy will begin to take place on a real-time basis“. Davon könnten auch staatliche Planer profitieren, eine bis dato aber unrealistische Vorstellung, wie der Autor eingestand.⁴⁷

⁴¹ Robert Ellis Smith, *Ben Franklin’s Web Site. Privacy and Curiosity from Plymouth Rock to the Internet*, Providence, RI, 2000, S. 309 ff.

⁴² Armer (1966), *Computer Aspects of Technological Change*, S. 213 und S. 222.

⁴³ ABT Associates Inc. (1966), *Survey of the State*, S. 230, S. 240 und S. 243-246.

⁴⁴ Martin Greenberger, „The Computers of Tomorrow“, in: *The Atlantic Monthly* 4 (1964), S. 63-67: 67.

⁴⁵ „Society as a Learning Machine“ [display ad], in: *The New York Times*, 24.04.1966, S. AS18.

⁴⁶ Herman Kahn/Anthony J. Wiener, *The Year 2000. A Framework for Speculation on the Next 33 Years*, New York, NY, 1967, S. 96 und S. 351 ff.

⁴⁷ MacBride (1967), *The Automated State*, S. 123 und S. 131.

Neben solchen Konzeptionen eines Big Government fand in der Terminologie von Michel Foucault ein Wandel der Gouvernamentalität statt, die sich an der Wirtschaftlichkeit des Einzelnen ausrichtete. So zeichnete sich ein Trend ab, individuelle Risikofaktoren zu berücksichtigen, wie etwa in Kreditreporten oder in der Versicherungsbranche. Etwa beschrieb Sozialkritiker Myron Brenton Versicherungen als „statistisches Glückspiel“, und das Kreditgeschäft gründe auf „Wahrscheinlichkeiten“. ⁴⁸ Laut dem Rechtswissenschaftler Alan F. Westin ermittelte die *Federal Housing Agency* den Zustand der Ehe eines Antragstellers, was die Behörde als wichtigen Teil zur Bestimmung von Risiken betrachtete. ⁴⁹ Im Repräsentantenhaus befasste sich der Ausschuss von Gallagher mit Problemen, die Kreditreporte für die Privatsphäre bringen könnten. So könnten beispielsweise fehlerhafte Daten zur Verwehrung einer Hypothek führen. ⁵⁰

Die Pläne für ein Nationales Datenzentrum waren unter der Vorstellung entstanden, mittels genauer Information die Planung in Politik und Wirtschaft zu verbessern. Gleichzeitig lösten die Pläne eine Debatte um Datenschutz aus. Allerdings bezeichnete Arthur R. Miller Anfang der 1970er Jahre angesichts der technologischen Entwicklung das Scheitern der Pläne als einen Pyrrhussieg für die Verfechter der Privatsphäre. ⁵¹ An der Wohlfahrtspolitik gingen die Pläne für ein Datenzentrum eher spurlos vorbei. Die Pläne waren in einschlägigen Verwaltungsgremien und wissenschaftlichen Expertengruppen entstanden. So hing auch das Gelingen der Politik von anderen Faktoren als von einem Datenzentrum ab. Zwar mögen Schwächen in der Verwaltung zur gemischten Bilanz der *Great Society* beigetragen haben, doch ergaben sich Probleme nicht zuletzt aus dem kostspieligen Krieg in Vietnam, wie der Historiker John Morton Blum resümiert: „Much of the blame that critics placed on the liberal state properly belonged to the national security state, which had grown alongside it“. ⁵² Nicht nur im Bereich der sozialen Sicherheit, auch im Bereich der Nationalen Sicherheit setzten Behörden auf umfassende Information, wie Überwachungsprogramme von Bundespolizei, Armee oder Geheimdienst, die Anfang der 1970er Jahre zutage traten, nahelegen.

⁴⁸ Myron Brenton, *The Privacy Invaders. A Startling Exposé of the \$ 1 Billion-a-Year Investigative Industry, How it is Destroying Our Privacy, and What We Can Do About It*, New York, NY, 1964, S. 25 und S. 45.

⁴⁹ Nan Robertson, „Data Bank. Peril or Aid?“, in: *The New York Times*, 07.01.1968, S. 1.

⁵⁰ U.S. House of Representatives, *Commercial Credit Bureaus. Hearings before a Subcommittee of the Committee on Government Operations*, 90th Congress, 2nd Session, Washington, DC, 1968, S. 1 ff.

⁵¹ Arthur R. Miller, *The Assault on Privacy*, Ann Arbor, MI, 1971, S. 59.

⁵² Blum (1991), *Years of Discord*, S. 186.

Literatur

- ABT Associates Inc., „Survey of the State of the Art“, in: National Commission on Technology, Automation, and Economic Progress (Hg.), *Technology and the American Economy*, Appendix 5, Washington, DC, 1966.
- Andersson, Jenny, „The Great Future Debate and the Struggle for the World“, in: *The American Historical Review* 117, 5 (2012), S. 1411-1430.
- Armer, Paul, „Computer Aspects of Technological Change, Automation, and Economic Progress“, in: National Commission on Technology, Automation, and Economic Progress (Hg.), *Technology and the American Economy*, Appendix 1, Washington, DC, 1966.
- Beniger, James R., *The Control Revolution. Technological and Economic Origins of the Information Society*, Cambridge, MA (u. a.), 1986.
- Blum, John M., *Years of Discord. American Politics and Society, 1961-1974*, New York, NY, London, 1991.
- Brenton, Myron, *The Privacy Invaders. A Startling Exposé of the \$ 1 Billion-a-Year Investigative Industry, How it is Destroying Our Privacy, and What We Can Do About It*, New York, NY, 1964.
- Desrosières, Alain, *The Politics of Large Numbers. A History of Statistical Reasoning*, Cambridge, MA (u. a.), 1998.
- „Federal Data Center Trapped Between Privacy, Efficiency“, in: *The Washington Post*, 08.12.1968, S. E2.
- Frohman, Larry, „Only Sheep Let Themselves Be Counted‘. Privacy, Political Culture, and the 1983/87 West German Census Boycotts“, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 52, (2012), S. 335-378.
- Greenberger, Martin, „The Computers of Tomorrow“, in: *The Atlantic Monthly* 4 (1964), S. 63-67.
- Harvard Law Review, „Privacy and Efficient Government. Proposals for a National Data Center“, in: *Harvard Law Review* 82, 2 (1968), S. 400-417.
- Kahn, Herman/Wiener, Anthony J., *The Year 2000. A Framework for Speculation on the Next 33 Years*, New York, NY, 1967.
- MacBride, Robert, *The Automated State. Computer Systems as a New Force in Society*, Philadelphia, PA (u. a.), 1967.
- Macy, John W., „Automated Government“, in: *Saturday Review*, 23.07.1966, S. 23-25.
- McCarthy, John, „Information“, in: *Scientific American* 205, 2 (1966), S. 64-72.
- Metzler, Gabriele, „Am Ende aller Krisen? Politisches Denken und Handeln in der Bundesrepublik der sechziger Jahre“, in: *Historische Zeitschrift* 275, (2002), S. 57-103.
- Miller, Arthur R., *The Assault on Privacy*, Ann Arbor, MI, 1971.
- National Commission on Technology, Automation, and Economic Progress (Hg.), *Technology and the American Economy*, Washington, DC, 1966.
- Packard, Vance, „Don't Tell It to the Computer“, in: *The New York Times*, 08.01.1967, S. 236.
- „Panel Sees Peril in U.S. Data Bank“, in: *The New York Times*, 05.08.1968, S. 76.
- Prisendorf, Anthony, „The Computer vs. the Bill of Rights. National Data Center“, in: *The Nation*, 31.10.1966, S. 449-452.
- Regan, Priscilla M., *Legislating Privacy. Technology, Social Values, and Public Policy*, Chapel Hill, NC, London, 1995.

- Robertson, Nan, „Data Bank. Peril or Aid?“, in: *The New York Times*, 07.01.1968, S. 1.
- Ruck, Michael, „Ein kurzer Sommer der Utopie“, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg, 2000, S. 362-401.
- Rule, James, *The Politics of Privacy. Planning for Personal Data Systems as Powerful Technologies*, New York, NY (u. a.), 1980.
- Sarnoff, David, „No Life Untouched“, in: *Saturday Review*, 23.07.1966, S. 21-22.
- Schwartz, Harry, „Soviet Plans Computer System to Assist in Economic Planning“, in: *The New York Times*, 24.04.1966, S. F23.
- Smith, Robert Ellis, *Ben Franklin's Web Site. Privacy and Curiosity from Plymouth Rock to the Internet*, Providence, RI, 2000.
- „Society as a Learning Machine“ [display ad], in: *The New York Times*, 24.04.1966, S. AS18.
- „To Preserve Privacy“, in: *The New York Times*, 09.08.1966, S. 36.
- U.S. Congress, *The Coordination and Integration of Government Statistical Programs. Hearings Before the Subcommittee on Economic Statistics of the Joint Economic Committee*, 90th Congress, 1st Session, Washington, DC, 1967.
- U.S. House of Representatives, *The Computer and Invasion of Privacy. Hearings Before a Subcommittee on Government Operations*, 89th Congress, 2nd Session, Washington, DC, 1966.
- U.S. House of Representatives, *Commercial Credit Bureaus. Hearings before a Subcommittee of the Committee on Government Operations*, 90th Congress, 2nd Session, Washington, DC, 1968.
- U.S. News & World Report, „A Government Watch on 200 Million Americans?“, in: *U.S. News & World Report*, 16.05.1966, S. 56-59.
- U.S. Senate, *Invasions of Privacy. Hearings Before the Subcommittee on Administrative Practice and Procedure of the Committee on the Judiciary*, 89th Congress, 2nd Session, Part 5, Washington, DC, 1967.
- U.S. Senate, *Computer Privacy. Hearings Before the Subcommittee on Administrative Practice and Procedure of the Committee on the Judiciary*, 90th Congress, 1st Session, Washington, DC, 1967.
- Westin, Alan F., *Privacy and Freedom*, New York, NY, 1967.